

DAS ONLINE-SUPPLEMENT DES FORSCHUNGSJOURNALS

FORSCHUNGSJOURNAL SOZIALE BEWEGUNGEN 37. JG. Heft 4 | Dezember 2024

Markus Riepenhausen

Aufstand der Desillusionierten

Zum verzeitlichten Konfliktbewusstsein der ostdeutschen Montagsproteste

Zusammenfassung: Der Artikel wirft einen empirisch-qualitativen Blick auf das Konfliktbewusstsein jener Montagsdemonstrationen in Ostdeutschland, die sich beginnend mit den Corona-Protesten Anfang 2020 über verschiedene Ereignisse wie Pandemie, Krieg und Inflation thematisch diversifiziert und seitdem sukzessive verstetigt haben. Als Material dienen zwei Gruppendiskussionen und ein narratives Einzelinterview, welche zwischen 2022 und 2023 mit Teilnehmenden der Proteste in Sachsen geführt, zunächst inhaltsanalytisch in vier zentral erlebte gesellschaftspolitische Konfliktfelder gegliedert (Transformation, Demokratie, Wohlstand, Öffentlichkeit) und anschließend hermeneutisch auf die zeitliche Struktur der Konfliktwahrnehmung untersucht worden sind.

Gezeigt wird, dass in der Traditionslinie der Montagsdemonstrationen und damit einer spezifisch ostdeutschen Öffentlichkeit nicht nur historische Revolutionsvergleiche gezogen oder paradigmatische Friedens- und Freiheitsnarrative reaktiviert werden, sondern die unmittelbare Zeitgeschichte als Erfahrungsverlauf uneingelöster Versprechen, entleerter normativer Erwartungen und eines enttäuschten Niedergangs wiedergegeben wird. Vor dem Hintergrund eines derart ostspezifisch verzeitlichten Konfliktbewusstseins – so wird argumentiert – kann dann auch eine weitestgehend fragmentierte und zum Teil widersprüchliche Konfliktwahrnehmung narrativ zusammengehalten und die politische Vergemeinschaftung der Protestierenden stabilisiert werden.

Schlüsselwörter: *Montagsproteste, Ostdeutschland, Konfliktbewusstsein, Zeitsoziologie, Politische Soziologie*

Abstract: The article takes an empirical-qualitative look at the conflict perception of the ‘Monday demonstrations’ in East Germany, which, starting with the coronavirus protests at the beginning of 2020, diversified thematically through various events such as the pandemic, war and inflation and have gradually stabilized since then. Two group discussions and a narrative individual interview, which were conducted between 2022 and 2023 with participants in the protests in Saxony, serve as material. The interviews were first classified with content analysis into four centrally experienced socio-political fields of conflict (transformation, democracy, prosperity, public sphere) and then hermeneutically examined for the temporal structure of conflict perception.

It is shown that in the tradition of the ‘Monday demonstrations’ and thus a specifically East German public sphere, not only are historical revolutionary comparisons drawn or paradigmatic peace and freedom narratives reactivated, but the immediate contemporary history is reproduced as an experience of unfulfilled promises, deflated normative expectations and a disappointed decline. Against the backdrop of such an East-specific temporalized perception of conflict, it is argued, a largely fragmented and sometimes contradictory perception of conflict can be held together narratively and the political communitization of the protesters stabilized.

Keywords: *Monday protests, East Germany, conflict consciousness, sociology of time, political sociology*

In Ostdeutschland haben sich die Montagsproteste im Verlauf der vergangenen 35 Jahre zu einem mittlerweile unverwechselbaren politischen Etikett entwickelt, mit dem immer wieder Kontinuitäten von den friedlichen Demonstrationen im Herbst 1989 bis in die Gegenwart hergestellt werden.¹ Ihren jüngsten Anstoß haben die sich in der Vergangenheit oftmals über Monate erstreckenden wöchentlichen Proteste im März 2020 als Kritik der staatlichen Pandemiemaßnahmen genommen – und halten in vielen Gemeinden Ostdeutschlands bis zum heutigen Tage an.

Ursprünglich als vorherrschend west- oder gar süddeutscher, unter der Initiative „Querdenken“ ins Leben gerufener Zusammenschluss gegen staatliche Einschränkungspolitiken während der Coronapandemie (vgl. Nachtwey et al. 2020; Brunner et al. 2021; Grande et al. 2021), wurden die Proteste in Ostdeutschland schon früh als wöchentliche „Montagsspaziergänge“ ritualisiert. Mit der unmittelbaren Anrufung der historischen Tradition durch den montäglichen Protestrhythmus einerseits, mit Mottos einer „Wende 2.0“² oder skandierten „Wir sind das Volk“-Parolen gegen die „Corona-Diktatur“ andererseits zeichnete sich für die Proteste in Ostdeutschland im Verlauf der Jahre

¹ Sofern sich auch das Format der Montagsproteste zuweilen auf den bundesdeutschen oder gar europäischen Raum verbreiten konnte, sind im Folgenden stets die ostdeutschen Montagsproteste gemeint, welchen ein geschichtspolitischer Bezugsrahmen als kollektives Bewegungskennzeichen vorbehalten ist.

² Wie der Titel der Querdenken-Veranstaltung am 7. November 2020 in Leipzig.

zunehmend eine bewegungspolitische und soziokulturelle Spezifik ab (vgl. Fröhlich et al. 2023; Freund-Möller et al. 2023; Hellweg et al. 2024).

Und während in Westdeutschland die Proteste spätestens ab Sommer 2022 allmählich versiegten und mittlerweile nur noch vereinzelt vorzufinden sind, haben sich die ostdeutschen Montagsdemonstrationen anhand tagespolitischer Themen wie Krieg, Inflation, Energiekrise, Migration oder Agrarsubvention wiederholt politisch innoviert und in dutzenden Klein- und Mittelstädten institutionell Fuß gefasst – wenn auch in einem zahlenmäßig geringfügigen Ausmaß. Da sich das Protestmilieu über die Jahre weitestgehend konstant hält und dabei unterschiedlichste gesellschaftliche Krisenereignisse in einer diffusen Forderung nach *Frieden, Freiheit* und *Wohlstand* narrativ vereint und innerhalb der historischen Bewusstseinsform der Montagsdemonstrationen politisiert, gehen Hellweg et al. (ebd.) von einer ostspezifischen Krisenbewegung mit eigenen, historisch verfassten Motivationsstrukturen aus.

Dafür, dass dabei ein gesondert ostdeutsches Geschichts- und Protestbewusstsein den gemeinsamen Referenz- und Deutungshintergrund stellt, spräche neben den weit verbreiteten Bezugnahmen auf den Erfahrungsraum von 1989 auf den Protesten immerhin auch ihre bewegungsdynamische Beharrlichkeit, welche mit einer konstanten wöchentlichen Protestaktivität seit über vier Jahren eine tiefverankerte Motivationsgrundlage im Konfliktbewusstsein der Bewegung zumindest nahelegt.

1 Montagsproteste: Die politische Öffentlichkeit Ostdeutschlands

Wirft man einen Blick auf die politische Tradition der Montagsproteste, unter welcher sich hier versammelt wird, lässt sich im Anschluss an die friedlichen Demonstrationen im Herbst 1989 von der schrittweisen Etablierung eines eigenmächtigen „Protestparadigmas“ sprechen, mit dem wiederholt auf spezifische Narrative, Erfahrungen und Bewusstseinsinhalte der Transformationsgesellschaft Bezug genommen wird (Rink 2017). Deutlich wird in Anbetracht dieser ostdeutschen Protestgeschichte, dass es sich bei den Montagsprotesten nicht nur um das entscheidende Motiv handelt, unter dem *alle* größeren politischen Mobilisierungen der vergangenen Jahrzehnte in Ostdeutschland stattgefunden haben, sondern auch um die erste politische Form, mit der man sich im historisch unmittelbaren Anschluss an die demokratische Selbstermächtigung von 1989 als eine politische Öffentlichkeit erfahren hat. Denn indem weniger als ein Jahr nach dem gesellschaftsumfassenden Bruch von 1989/90 an den Montag als Protesttag und die politischen Parolen von „Wir sind das Volk“ und „Keine Gewalt“

unumwunden angeknüpft wurde³, konsolidierte sich auch ein demokratisches Kollektivsubjekt im Lichtstreif einer gemeinsamen historischen Tradition (vgl. Beier 2020; Rink 2017).

Möglich war diese gesellschaftsgeschichtliche Fortschreibung und Etablierung des Montagsprotestparadigmas mitunter erst durch die politische Anschlussfähigkeit jener vagen Forderung nach Freiheit und des Topos einer unvollendeten Revolution vom Winter 1989 (Jessen 2009: 307). Mit dem fortlaufenden Aufgreifen und Verfestigen dieser spezifisch ostdeutschen Protestsemantik, sobald sich in den darauffolgenden Jahrzehnten eine zivilgesellschaftliche Bewegung in Ostdeutschland etablieren sollte, wurde Geschichte dann nicht nur wiederholt reinszeniert und es wurden historische Ereignisse und Räume im Namen von Freiheit und Revolution angeeignet (vgl. Stach/Hartmann 2020), sondern Geschichte wurde auch zu einer andauernden Kontinuität erklärt, in der vielschichtige historische Begebenheiten mit ein und denselben Bedeutungsbegriffen gesellschaftspolitisch rezipiert werden.

Durch die wiederkehrende Aktualisierung geschichtlicher Wirklichkeit wird somit nicht zuletzt ein historisches Bewusstsein angerufen, mit dem das Vergangene stets als unvollendet und gegenwartsoffen erscheint (vgl. Leistner 2022) – was spätestens seit den Pegida-Montagsspaziergängen von 2014 auch zunehmend als historische und politische Handlungsaufforderung verstanden worden ist.⁴ Dass solche Praktiken der Erinnerung von Transformationsgeschichte gerade auf den Montagsprotesten in Ostdeutschland politisiert werden und geschichtspolitische Erinnerungskonflikte damit zum wesentlichen Bestandteil eines ostdeutschen Protestverständnisses geworden sind, zeigt sich schon mit der frühen Fortsetzung des Montagsprotest-Labels zu Beginn der 1990er Jahre. Die Reaktivierung von Vergangenheit und die Politisierung der Gegenwart – so könnte man sagen – haben sich in der politischen Öffentlichkeit Ostdeutschlands von Beginn an als ein übereinstimmendes Narrativ herausgebildet. Welche gesellschaftlichen Konflikte letzten Endes in der Tradition der Montagsproteste politisiert werden, ist wiederum – wie auch bei den jüngsten Protesten seit 2020 – meist uneinheitlich und umkämpft.

Dass auch die im Zuge der letzten Protestwelle der Montagsdemonstrationen 2020ff. aufgegriffenen Themen und gezeichneten Krisenfelder vor dem historischen Zusammenhang der montäglichen Protesttradition ein *ostspezifisch verzeitlichtes Konfliktbewusstsein* vorweisen, soll im Folgenden anhand von qualitativ ausgewerteten Gruppeninterviews mit Protestteilnehmenden plausibilisiert

³ Beispielfhaft können hier die Friedensproteste gegen den ersten Golfkrieg oder die Sozialproteste gegen eine flächendeckende Deindustrialisierung Ostdeutschlands ab Frühjahr 1991 genannt werden (vgl. Rink 2017).

⁴ Wegweisend sind hier insbesondere die geschichtspolitisch durch die politische Rechte agitierten Sinnsprüche wie „Vollende die Wende“ oder „Revolution 2.0“, die oftmals durch die ostdeutsche AfD zu Wahlsprüchen gemacht und im Rahmen der Pegida-Proteste erstmals bewegungsförmig angeeignet worden sind.

werden.⁵ Hinter den oftmals explizit und vordergründig geäußerten Protestthemen wie Energiekrise, Coronapolitik oder Krieg in der Ukraine finden sich dabei sowohl manifeste wie latente Hinweise auf als konflikthaft wahrgenommene gesellschaftspolitische Entwicklungslinien der vergangenen Jahrzehnte, welche es erlauben, die zeitliche Gestalt der veräußerten Gesellschaftskritik – oder besser: das gemeinsame Geschichtsbewusstsein und die geteilte Zeitdiagnose auf den Protesten – nachzuzeichnen.

Konzeptuell liegt eine Perspektivierung des „Zeitbewusstseins“ (Rammstedt 1975) der Protestierenden und der darin geteilten Sinn- und Erfahrungswelten insofern nahe, als dass nicht nur die genuine Zeitlichkeit der Protestform selbst, sondern auch und gerade die auf den montäglichen Demonstrationen verlautbarten Parolen, Reden und Aufrufe immer wieder die Geschichtlichkeit der Bewegung und damit ein ihr eigenes Bewusstsein von Zeit herausstellen. Inwiefern gesellschaftspolitische Konflikte und soziale Widersprüche in das historische Bewusstsein der Montagsproteste eingebettet und vor einem gemeinsam entworfenen Erfahrungshintergrund der Transformationsgesellschaft zusammengehalten werden, zeigt sich dann insbesondere in den temporalen Sinnstrukturen einer verzeitlichten Konfliktwahrnehmung.

2 Das verzeitlichte Konfliktbewusstsein der postpandemischen Montagsproteste

Die gegenwärtigen „postpandemischen Montagsproteste in Ostdeutschland“ (Hellweg et al. 2024) zeichnen sich – der zuweilen eher spärlichen und vorwiegend quantitativen Studienlage nach – durch insbesondere zwei nicht gesondert voneinander zu betrachtende Eigenschaften aus: Einerseits nehmen sie ein über die Jahre äußerst vielschichtiges Themenspektrum auf und entfalten daraus ein vorerst eklektisch wirkendes Gefüge heterogener Protestmotivationen; andererseits hat sich im Verlauf ihres Bestehens ein recht stabiles Protestklientel herausgebildet, welches scheinbar unermüdlich seit über vier Jahren die Demonstrationen wöchentlich am Laufen hält.

So bemerkt ein Teilnehmer unserer Gruppendiskussionen, dass nach zwei Jahren Corona als Gründungsthema „*die Themen vielfältiger*“ wurden und andere „*Krisen*“ allmählich hinzukamen. „*Erst war es Corona, jetzt haben wir Krieg, dann kommt Lockdown wegen Klimawandel*“, listet ein weiterer Demonstrationsteilnehmer mit Blick in die Zukunft auf. Als aus der Querdenken-Bewegung (vgl. Reichhardt 2021; Teune 2021) heraus erwachsener Protestzusammenhang bestimmt auch die ostspezifischen Montagsproteste ein ideologisch mindestens diffuses, übliche Links-Rechts-

⁵ Als Material dienen insgesamt zwei Gruppendiskussionen und ein narratives Einzelinterview, welche im Rahmen des Forschungsprojektes „Politischer Protest in der Oberlausitz“ am Else-Frenkel-Brunswik Institut der Universität Leipzig zwischen Sommer 2022 und Frühjahr 2023 mit Teilnehmern der Montagsproteste in Ostsachsen geführt und in einer fünfköpfigen Forschungsgruppe tiefenhermeneutisch ausgewertet worden sind (vgl. Lorenzer 1986; König 2005).

Unterscheidungen konsequent durchschreitendes Protestprofil (vgl. Hanloser 2021), das sich – wie nicht wenige politische Bewegungen der vergangenen Dekade – jenseits eines geteilten normativen Bezugsrahmens vordergründig in einer „Pathetik des Dagegenseins“ eint (Schäfer/Frei 2021; Amlinger/Nachtwey 2022: 120). Dass in dieser oppositionellen Form notwendigerweise mehr verhandelt wird als ein begrenztes politisches Motiv, hebt auch ein Teilnehmer hervor, wenn er klarstellt, *„dass es eben keine Sache ist, die jetzt coronabezogen ist“* und verschwörerisch insinuiert: *„da hängt schon bisschen mehr dran, das hat System, die Sache“*.

Die Interview- und Diskussionsteilnehmer sind soziodemographisch allesamt vergleichsweise homogen und entsprechen zugleich den bisher beobachteten Mustern in der sozialstrukturellen Verteilung des Protestmilieus (vgl. Hellweg et al.: 195): Die Interviewten sind ausnahmslos männlich, überwiegend verrentet und in etwa zwischen 50 und 80 Jahre alt. Den historischen Zusammenbruch von 1989/90 und die mit ihm untergehende Gesellschaftsformation des realen Sozialismus haben sie insofern bewusst wahrgenommen und miterlebt, wovon ihre Darstellungen und Erfahrungsberichte durchweg Zeugnis ablegen. Viele sind demnach Teil der sogenannten „Neunundachtziger“, welche während der Wende junge Erwachsene waren, generationssoziologisch innerhalb der DDR-Gesellschaft jedoch vorwiegend als unpolitisch und als auf das persönliche Vorankommen fokussiert galten (Engler 1999, zit. n. Mau 2019: 202).

Auf den Protesten hingegen nimmt das Gros unserer Interviewpartner regelmäßig eine organisatorische Funktion ein, ist Ordner, Sprecher, Anmelder oder Organisator der Montagsdemonstrationen in den je unterschiedlichen sächsischen Mittelstädten. Auffällig ist zudem, dass die Mehrzahl der Teilnehmer seit den 1990er Jahren als selbstständige Unternehmer oder höhere Leitungsangestellte tätig waren oder sind und – wenn auch vereinzelt zunächst im Westen – schnell eine berufliche Perspektive und soziale Sicherheit in den Postwendejahren erlangt haben.⁶ Insofern alle Gesprächspartner biographisch wesentlich in einer materiell weitestgehend nivellierten

⁶ Bei den „neuen Selbstständigen“ (Thomas 1993) im Ostdeutschland der Wendejahre handelt es sich in vielerlei Hinsicht um eine interessante und auf den hier untersuchten Montagsprotesten häufig vertretene Sozialfigur, die heutzutage in Ermangelung alternativer Strukturen oftmals eine zivilgesellschaftliche Führungsfunktion im ländlichen Raum Ostdeutschlands einnimmt (Mau 2024: 26). Durch die zwei großen Vergenossenschaftlichungswellen 1960/61 und 1972 wurde die vergleichsweise hohe Anzahl an Selbstständigen im Ostdeutschland der Nachkriegszeit auf ein verschwindend geringes Niveau reduziert. Der anschließende „Gründungsboom“, die tausendfache Gründung von Klein- und Mittelunternehmen in den frühen 1990er Jahren, galt nicht selten als einzige Alternative zur durch strukturelle Deindustrialisierung des Ostens erzeugten Massenarbeitslosigkeit. Zugleich erforderte sie von den Neu-Unternehmer*innen der postsozialistischen Gesellschaft eine sprunghafte Anpassung an die westlichen Normen der Konkurrenz, Selbstverantwortung und die unumwundene Übernahme eines marktwirtschaftlichen Sozialverhaltens – weitaus umfassender, als von der übrigen Transformationsgesellschaft erwartet werden konnte (vgl. Martens/Langwitz 2012). Nicht zuletzt deswegen konstatieren Liebernickel und Schwarz (1992: 277) *„dass die Neugründung von Klein- und Mittelbetrieben, die Konstituierung neuer Selbständiger als einer der ökonomischen und sozialen Schlüsselprozesse bei der Transformation Ostdeutschlands anzusehen ist“*.

Arbeitsgesellschaft sozialisiert worden sind, welche das Maß aufsteigender wie absteigender sozialer Mobilität auf ein Minimum beschränkte⁷, ist die schlagartige Erfahrung einer Ungesicherheit der eigenen Existenz in der aufblühenden neoliberalen Leistungsgesellschaft der 1990er Jahre erfahrungsgeschichtlich nicht zu unterschätzen.

Zugleich spricht vieles dafür, dass es sich im Zuge der historischen „Überschichtung“ durch den Westen (Mau 2019: 169) bei den Interviewten vielmehr um das eine Viertel handelt, welches diesen gesellschaftlichen Deklassierungsprozessen vorerst ‚entrinnen‘ konnte und gemeinhin oftmals als ‚Wendegewinner‘ bezeichnet wird. Für einen vergleichsweise abgesicherten Lebensunterhalt sprechen nicht zuletzt auch die soziodemographischen Einkommensangaben der Diskussionsteilnehmer, welche sich größtenteils über dem gesellschaftlichen Durchschnitt bewegen. Wenn auch in nicht unwahrscheinlich selbstnormalisierender Absicht und unter dem vielseitig gesetzten Eigenanspruch eines bürgerlichen Charakters der Demonstrationen unterstreicht auch ein Teilnehmer die gehobene Mittelschichtigkeit der Proteste: *„Da laufen Ärzte mit, da laufen Rechtsanwälte mit, da laufen Banker mit, da läuft alles mit, was in der Stadt – das kann bunter nicht sein. Da sind Tatsache auch Linke mit dabei, da sind Grüne mit dabei, die einfach sagen: Wir sind enttäuscht.“*

Mit Blick auf die erzählten Zeitlichkeitsstrukturen im Diskursraum der ostdeutschen Protestbewegung fällt schnell auf, dass die Geschichtsbezogenheit eine zentrale Stellung im Bewusstsein der Protestierenden einnimmt. Deutlich wird das zunächst an den – bereits sporadisch seit den Montagsdemonstrationen von Pegida vermerkten – Vergleichen zwischen DDR- und Gegenwartsregierung, welche seit 2020 zum Erkennungsmerkmal der ostdeutschen Proteste gegen die exekutive Pandemiepolitik geworden sind (vgl. Brieger/Panreck 2022). So sieht Herr Beitel, ein mittlerweile verrenteter Volkswirt und Geschäftsführer verschiedener städtischer Unternehmen, seit der Wende eine langjährige historische Kontinuität in der lebensweltlichen Undurchsichtigkeit politischen Regiertwerdens, die vom Sozialismus unumwunden in der Gegenwart mündet:

„Wir erleben, wie wir betrogen werden, wie wir in der DDR betrogen wurden. Und wir sind auf die Straße gegangen und ich kenne noch die nächtlichen Züge mit Kerzen durch Görlitz bei der Stasi vorbei. Und der einheitliche Tenor, ihr könnt uns die Wahrheit sagen, wir sind erwachsene Bürger, wir vertragen Wahrheiten, aber wenn man uns über Jahre schlicht und einfach betrügt auf jeder Ebene, und das hat sich seit 1990 genauso fortgesetzt, da könn‘ wir hier wahrscheinlich jeder 100 Beispiele bringen, wie man uns betrügt - betrogen hat, wie man die Leute in die Irre geführt hat.“

Mit dem Gefühl, systematisch hinters Licht geführt und politisch nicht aufrichtig behandelt zu werden, tritt weitverbreitet eine persönliche Missachtungserfahrung zum Vorschein, die als biographisches

⁷ So belief sich die Einkommensungleichheit in der DDR zwischen den höchsten und den niedrigsten Durchschnittswerten auf ein Verhältnis von 1:3 (Engler 1999: 184).

Erleben eng mit der Gesellschaftsgeschichte der vergangenen Jahrzehnte verflochten wird. An historische Kontinuitätsnarrative zwischen DDR- und Gegenwartsgesellschaft, welche die im Rahmen der Diskussionsrunden verlautbarten Erzählungen durchweg begleiten, schließen dann nicht selten Anrufungen eines „Umbruchgedächtnisses“ (Lux 2023) und historische Vergleiche zwischen der revolutionären Situation von 1989 und den gegenwärtigen Protesten an: *„Es ist eins zu prognostizieren, das wird genauso enden wie in der DDR. Man kann ein Volk nicht jahrzehntelang bescheißen und unterdrücken“*, führt Herr Beitel weiter aus und bringt mit der Parallelisierung sein eigenes geschichtliches Wiedererleben authentisch zum Ausdruck: *„Wir sitzen heut‘ hier, 32 Jahre, 33 Jahre später, erleben [die Zeit, M.R.] wie eine Art Deja-vu“* und drückt daraufhin die Hoffnung aus, dass die Demonstrationen auch dieses Mal friedlich verlaufen werden.

Es ist allerdings nicht der bereits an vielen Stellen angemerkte historische Vergleich zwischen autoritärer DDR-Regierung, friedlicher Revolution und gegenwärtigen Demonstrationen (vgl. Stach/Hartmann 2020; Brieger/Panreck 2022), sondern vielmehr eine hierin verborgene Erfahrungsfolie und eine darauf aufbauende Zeitdiagnose, die das Konfliktbewusstsein der Montagsproteste einzigartig prägt. So verschieden die Erfahrungsgeschichten innerhalb der ostdeutschen Nachwendegesellschaft je nach Alter, Geschlecht oder sozialer Position sein konnten, bringen alle Teilnehmenden unserer Diskussionsrunden eine grundsätzliche Zufriedenheit mit der gesellschaftlichen Situation der 1990er Jahre zum Ausdruck.

Entsprechend erinnert sich Herr Seitz, ein Kleinunternehmer Mitte 50 und langjähriger CDU-Wähler, an seine persönliche politische Biographie: *„Hab mich, wie gesagt, nach der Wende auch mit Politik nicht mehr tiefgründig beschäftigt, maximal oberflächlich, indem man die Tagesschau geguckt hat und es lief ja“*. Auch der soeben schon zu Wort gekommene Herr Beitel ruft noch ein Stück weit enthusiastischer aus: *„Anfang der 1990er war‘n wir also sowas von hoffnungsvoll“*, womit er nahelegt, dass die von ihm weiter oben beschriebene Gefühlskontinuität des Betrogenwerdens Anfang der 1990er Jahre zumindest noch nicht in eine alltagsweltliche Erfahrungsrealität durchgebrochen zu sein schien.

Der hieran anschließend erklärte Rückzug aus der Öffentlichkeit des Politischen in eine eher privatistische Lebensführung, welche für die Nachwendegesellschaft der 1990er Jahre zunächst nicht unüblich ist, erfährt nun jedoch in vielseitig beschriebenen biographischen Brüchen eine weltanschauliche Erschütterung. Für den 60-jährigen selbstständigen Ingenieur Herrn Schwarz war es – wie für viele weitere Diskutanten – der Beginn der Pandemiepolitik, mit welcher dieser harmonische Lebensabschnitt durch ein politisches Erdrutscherleben abrupt zum Ende kommt: *„Wie gesagt, bis vor zweieinhalb Jahren war für mich eigentlich auch die Welt in Ordnung, man war eigentlich mit gewissen Dingen nicht einverstanden im Großen und Ganzen, aber man hatte, sage mal, seinen Frieden und auch seine Freiheit.“*

Herr Seitz will gleich das jahrzehntelange Ausbleiben einer ostdeutschen Protestbewegung gegen die westliche Übernahmepolitik der Transformationsjahre verständlich machen, wenn er meint, dass zwar viel *„kaputtgemacht [wurde], was nie hätte kaputtgemacht werden müssen“*, es den Leuten aber *„immer wieder besser, besser, besser, besser [ging], und damit haben die das immer mehr vergessen, was ihnen eigentlich nach der Wende angetan wurde.“* Für ihn war es dann *„2015“*, also die Migrationspolitik infolge des syrischen Bürgerkrieges, wodurch er sich sprunghaft repolitisierte, was er mit seiner emotionalen Fassungslosigkeit gegenüber der Regierung erzählerisch untermalt.

Bei einigen Teilnehmenden wirken diese Brüche fast wie ein aufgesprungenes Ventil, durch das sich eine oft unstrukturierte Vielfalt diffuser Konflikterzählungen Bahn bricht. Es ist diese persönlich-biographische wie emotional-intensive Involviertheit im Konflikterleben und nicht zuletzt die politische Langatmigkeit der Proteste als solcher, welche jene nachhaltig gebrochenen Weltbilder als umfänglich in Frage gestellte Gesellschaftsideale und historische Desillusionserfahrungen authentisch werden lassen. Für einige Teilnehmende scheinen die wöchentlichen Demonstrationen nahezu wie eine unliebsame Pflicht, die verlorene Welt erneut *„in Ordnung“* zu bringen, wenn sie klarstellen, dass sie montags lieber wieder *„mit der Frau auf dem Sofa sitzen“* oder Tischtennis und Badminton spielen gehen würden.

Dem Protestdiskurs liegt in der zeitlichen Struktur somit eine Enttäuschungserzählung zugrunde, die immer wieder in einer verallgemeinerten Wahrnehmung, die vergangenen Jahrzehnte über *„betrogen, beschissen, belogen“* worden zu sein, zum Ausdruck gebracht wird. Diese allgemeine Erzählform umfasst zugleich manifeste gesellschaftliche Konflikte, die regelmäßig durch die Teilnehmenden artikuliert werden und in ihrer Gesamtheit als Konfliktbewusstsein der hier untersuchten Montagsproteste gelten können.⁸ Zwar erscheint auf einen ersten Blick das gesamte Transkript wie ein geballter Konflikt, der über eine stark affizierte Sprache ein hohes Maß an Konfliktivität transportiert und damit eine Konfliktwahrnehmung des ‚großen Ganzen‘ nahelegt. Allerdings fußen viele der hier angeschlagenen Empörungsmotive auf explizierten Gesellschaftsdiagnosen der unmittelbar erfahrenen Zeitgeschichte. Der bereits angeklungene Transformationskonflikt, also die flächendeckende Destrukturierung und soziale Missachtung einer ostdeutschen Lebenswelt nach 1989, nimmt dabei insofern eine Sonderstellung ein, als dass er den historischen Ausgangspunkt eines allseits geteilten Protestbewusstseins bestimmt, an den die weiteren Konfliktwahrnehmungen oftmals unumwunden anschließen.

⁸ Mittels qualitativer Inhaltsanalyse (Mayring 2022) konnten insgesamt vier wesentliche Konfliktachsen im Material bestimmt werden, die im Sinne gesellschaftspolitischer Strukturkonflikte auf tiefergehende Widersprüche verweisen. Diese betreffen die Organisationsprinzipien der Gegenwartsgesellschaft als solche und sind damit gewissermaßen *unterhalb* der offenkundigen Protestthemen wie Corona, Krieg oder Inflation verortet.

„Am Arsch von Deutschland“ würde man infrastrukturell leben, versinnbildlicht Herr Winkler, ein verrenteter Kohlekraftwerksingenieur Ende 60. Und Herr Schwarz stellt die Verantwortlichkeit der westdeutschen Politik heraus, wenn er nacherzählt, wie in seiner Region nach 1989 „die gesamte Industrie plattgemacht“ wurde – gleichsam wie heute die Kohleindustrie. Einen ähnlichen Geschichtsvergleich zieht abermals Herr Beitel, wenn er beschreibt, dass in der Wirtschaft und den Ministerien der 1990er Jahre alles zunächst eine gute Entwicklung aufnahm und man erst nach und nach realisierte, dass sämtliche Führungspersonen aus den alten Bundesländern ‚von oben‘ installiert worden sind. In direktem Anschluss an das diagnostizierte Demokratiedefizit kommt er auf die Corona-Krise zu sprechen:

„Wissen Sie, wenn das die Menschen hier über dreißig Jahre erleben durften, wie sich das entwickelt hat, dann ist diese Entwicklung auch ein Zeichen der sogenannten demokratischen Verhältnisse. Und heute stinks den Leuten. Und mit der Coronakrise habe ich den Eindruck, beginnt jetzt langsam das Fass überzulaufen, und das ist auch gut so.“

Der vielseitig kritisierte populistische Gehalt der ostdeutschen Montagsproteste kann zumindest eine seiner Ursachen in den gepredigten Demokratieversprechungen und ihrer zeitgleichen praktischen Entleerung durch die Politik der 1990er Jahren finden (vgl. Mau 2019, 2024). Ausgehend von dieser geteilten ostdeutschen Erfahrungsfolie werden weitere politische Konfliktfelder im Diskurszusammenhang der Proteste beleuchtet, die allesamt jene oben angedeutete zeitliche Struktur der Konfliktwahrnehmung enthalten und sie zu einer gemeinsamen Sprache der Protestbewegung erheben. Wenn die Enttäuschungswahrnehmung also omnipräsent veräußert wird, ließe sich nun anschließend fragen, welche konkreten Hoffnungen und Erwartungen im Protestbewusstsein der Montagsdemonstrationen enttäuscht worden sind.

2.1 Demokratie: versagte Freiheiten

Die verzeitlichte Kritikform, dass nicht nur dies und jenes gegenwärtig schlecht ist, sondern dass es sich über einen bestimmaren Zeitraum zum Schlechten entwickelt hat, findet sich als historisches Konfliktbewusstsein ebenso im thematisch immer wieder bearbeiteten Konfliktfeld von Demokratie und Mitbestimmung. Politisch beschreibt sich der Großteil der Diskussionsteilnehmer selbst zunächst als konservativ und identifiziert sich bereits seit den frühen 1990er Jahre mit der CDU, welche unter Helmut Kohl bzw. Kurt Biedenkopf mit dem Versprechen einer beschleunigten Transformation und aufsteigenden Wirtschaft eine Vielzahl an ostdeutschen Wähler*innen, gerade in Sachsen, hinter sich vereinen konnte.⁹

⁹ So erreichte die CDU bei den ersten drei sächsischen Landtagswahlen am 14.10.1990 mit 53,8%, am 11.09.1994 mit 58,1% und am 18.09.1999 mit 56,9% der Stimmen mit Abstand eine absolute Mehrheit.

So betont Herr Müller, ein 60-jähriger Ingenieur und von 1990 an Geschäftsführer in wechselnden Unternehmen: *„wir haben immer CDU gewählt hier“* und damit *„wie kein anderes Bundesland extrem der CDU den Rücken gestärkt“*. Der Glauben an die politischen Versprechungen wurde jedoch – ebenso wie das harmonische Bild einer geordneten Welt – im Verlauf der vergangenen Jahre erschüttert und die oftmals konservative Parteibindung damit nachhaltig beschädigt. Während Herr Beitel noch die zerrütteten *„demokratischen Verhältnisse“* der Transformations- und Coronapolitik in einen historischen Zusammenhang stellte, differenziert Herr Wagner, emeritierter Professor der Naturwissenschaft mit über 80 Jahren, dass er *„bis zum Beginn der Merkelzeit [...] fest an die parlamentarische Demokratie geglaubt habe. In der Merkelzeit ging das Stückchen verloren, bloß was jetzt in den letzten zwei Jahren oder zweieinhalb Jahren abläuft, hat eine Graduierung angenommen, die völlig andere Dimensionen hat“*. Einig sind sie sich jedoch darin, dass die Demokratie im Rückspiegel der vergangenen Jahre zunichtegemacht worden ist und man mittlerweile in undemokratischen Zeiten lebe. Entsprechend stellt Herr Beitel fest: *„Welches Verhältnis hab' ich denn zu dieser Demokratie 1990 gehabt und welches Verhältnis hab' ich heute zu dieser Demokratie? Und da muss ich ehrlich sagen, das ist `ne ganz fatale Entwicklung, ich glaub halt nicht mehr an diese Demokratie, diese existiert nicht mehr für mich.“*

Was die Defizite der gegenwärtigen Demokratie betrifft, so ähneln die Positionen in vielerlei Hinsicht denen der Querdenken-Bewegung, welche die Montagsdemonstrationen in Ostdeutschland initiiert hat. So wehrt Herr Schwarz einen den Protesten gegenüber vielseitig geäußerten Extremismusvorwurf mit dem Hinweis ab, dass die Protestierenden die *„wahren Demokraten“* im Kampf um Meinungsfreiheit seien: *„Extremismus [sic] ist ganz einfach, wer die freiheitlich demokratische Grundordnung ablehnt, und das tun wir nicht, wir wollen sie erhalten, aber die anderen lehnen die ab!“* In entschieden libertärem Ton reicht er sogleich sein persönliches Freiheitsverständnis nach: *„meine Grundmeinung ist auch die, ich lasse mir von niemandem erzählen, was ich zu tun und zu lassen habe, und schon gar nicht von einer korrupten, verblödeten Regierung im Bund und vom Land. Definitiv. Niemals.“*

Dieser Duktus der politischen Kritik vom Standpunkt eines individualistischen Freiheitsbegriffs wurde insbesondere für die Corona-Proteste bereits vielfach diskutiert (vgl. Mohammed 2020; Hanloser 2021; Amlinger/Nachtwey 2022) und wird nicht selten als Auswirkung einer neoliberalen Normativität begriffen (vgl. Hochschild 2017; Brown 2019). Der darin reklamierte Demokratieverlust erfährt durch die Diskussionsteilnehmer jedoch nochmals eine zeitlich-prozessuale und in Teilen explizit ostdeutsche Grundierung.

So hebt Herr Beitel vor dem Hintergrund einer schrittweisen Entleerung der demokratischen Versprechen der Wendejahre das politische Ziel seines Protests hervor: *„Ich demonstriere mit meiner*

Anwesenheit dafür, dass das Grundgesetz in der Fassung von 1989 gewahrt wird. Es wird ja jedes Jahr neu ausgehöhlt [...] müssen'se mal die Entwicklung des Grundgesetz' angucken.“ Auch wenn es keine gesamtdeutsche Verfassungsgebung im Anschluss an den Niedergang der DDR-Gesellschaft gegeben hat, wird die unmittelbare Wendezeit abermals als gesellschaftliche Sehnsuchtsschablone skizziert und zum zentralen Referenzzeitpunkt der politischen Kritik erhoben. In diesem Sinne beklagt auch der selbständige Tischler Herr Pinkert eine schrittweise „Entdemokratisierung der Demokratie“ (vgl. Manow 2020), wenngleich die seinerseits idealisierte demokratische Gesellschaftsform der 1990er Jahre ihm zufolge Bestand gehabt hätte, und resümiert: *„Ja, aber das Grundsystem so hätte wahrscheinlich funktioniert, aber wir ham's in den Jahren aufgeweicht.“*

2.2 Öffentlichkeit: verhärtete Fronten

So wie die Demokratie sich in den Augen der Protestierenden von der Versprechung eines offenen Raums der freiheitlichen Mitbestimmung in ein System undemokratischer Herrschaft entwickelt hat, diagnostizieren die Teilnehmenden in ähnlicher Weise der kommunikativen Öffentlichkeit ein Verhärtungsmoment und eine Polarisierung zu ihren Ungunsten: Öffentliche Meinungen sind nur noch herrschende Meinungen entgegen ihrer eigenen. Die gefühlte Meinungsunterdrückung, *„diffamiert, ausgegrenzt und in `ne falsche Ecke gestellt“* zu werden, gleicht dabei überwiegend dem Protestnarrativ der Querdenken-Bewegung und einer von ihr beklagten „Cancel Culture“ in der öffentlichen Debatte (vgl. allg. Daub 2022).

In dramatischer Zuspitzung zitiert Herr Schwarz einen alten Klassenkameraden, welcher den historischen Vergleich zwischen DDR-Öffentlichkeit und Coronapolitik zieht:

„Was ich jetzt erlebe, ist das Schlimmste, ist noch viel schlimmer, worum ich damals aus der DDR ausgereist ist [sic], ich habe keine Freiheiten mehr. Ich werde gegängelt, wenn ich anderer Meinung bin, im eigenen Freund- im Bekanntenkreis. Offiziell werde ich geächtet, weil ich anderer Meinung bin“.

Gemäß dem Freiheitsverständnis der Querdenker*innen gilt der kommunikative Widerspruch hier nicht mehr als Indiz einer deliberativen Öffentlichkeit, sondern als Angriff auf die persönliche (Meinungs-)Freiheit (vgl. auch Amlinger/Nachtwey 2022). In der Sichtweise der Protestierenden wird der öffentliche Diskurs sodann überwiegend aus einer entfremdeten Distanz vernommen und in einem tiefgreifenden Bruch zur eigenen Lebenswelt als gespalten und polarisiert erfahren: *„Für mich ist [es, M.R.] der große Widerspruch zwischen der eigenen Wahrnehmung und der veröffentlichten Meinung, das ist `ne ähnliche Situation wie 1989“*, führt Herr Schwarz mit historischem Bewusstsein aus und erkennt darin die Gefahr einer gespaltenen Gesellschaft. Ihm ginge es vor allem um

„Aufrichtigkeit und Verhältnismäßigkeit“, wenn er zum Abschluss moniert: „Wir werden von früh bis abends belogen“.

Eine narrative Zeitlichkeitsstruktur bekommt die Kritik an einer gespaltenen Öffentlichkeit, welche als Ort undemokratischer Meinungsunterdrückung erfahren wird, sobald verschiedentliche mediale Institutionen als zentrale Akteure der öffentlichen Meinungsherrschaft identifiziert werden: *„Wir müssen die Medien endlich überzeugen, wieder zu der Gewalt zu werden, nämlich die Politik der Regierung kritisch zu hinterfragen“*, bekräftigt Professor Wagner mit inhärentem Verweis auf eine historisch unbestimmte Zeit der kritisch-medialen Berichterstattung.

In zeitlich strukturähnlicher Narration offenbart Herr Pinkert: *„Eigentlich ist das eins der Grundprobleme, dass wir keinen, keinen unabhängigen Journalismus mehr haben. Der ist null, der ist in meinen Augen nicht mehr vorhanden“* und beschränkt seine Feststellung keinesfalls auf die Corona-Pandemie, sondern kritisiert eine personelle *„Unterwanderung“* des öffentlich-rechtlichen Rundfunks durch ehemals parlamentarische *„Parteifunktionäre“* in den vergangenen Jahren.

Für den weiter oben argumentierten libertären Standpunkt vieler Protestierender konsequent, missbilligen die Diskussionsteilnehmer in erster Linie die Staatsnähe einer öffentlich finanzierten Medienanstalt, welche das Objektivitäts- und Unparteilichkeitsgebot grundsätzlich unterlaufe. Und trotz einer wesentlich unveränderten Organisationsstruktur des öffentlichen Rundfunks in den zurückliegenden Jahrzehnten, imaginieren die Teilnehmer auch hier einen historischen Zeitraum einer durch den Journalismus kritisch belebten und herrschaftlich weniger verhärteten Öffentlichkeit, die zuweilen bis in die DDR zurückreicht, wie Herr Müller nostalgisch beanstandet: *„Dass wir mit unserer Medienlandschaft die wir derzeit haben, naja gelinde gesagt nicht mehr diesen eh Journalismus haben, den wir vielleicht mal irgendwo in den 70er, 80er auch in den 90er Jahren noch hatten, der kritisch bestimmte Entwicklungen begleitet hat.“* So wie die demokratischen Freiheiten der Protestierenden über die Jahre sukzessive desinstalliert worden seien, zeugt die Erzählung einer Meinungsunterdrückung in ähnlicher Weise von der Beobachtung einer schleichenden Verhärtung der kommunikativ gestalteten Öffentlichkeit.

2.3 Wirtschaft: verkannter Wohlstand

Das im Diskurszusammengang der Protestierenden sich entfaltende Kritikmuster, in der Vergangenheit einer gesellschaftlichen Illusion aufgesessen zu sein, kommt im besonders häufig eröffneten Konfliktfeld von Wirtschaft und Wohlstand noch einmal anschaulich zum Ausdruck. Zur Erinnerung: Nahezu alle Interviewten haben die Umsattelung vom sozialistischen aufs kapitalistische Gesellschaftsmodell im Eilverfahren vollzogen und konnten sich durch größtenteils erfolgreiche berufliche Verselbständigung als eine gesellschaftliche Minderheit prinzipiell glücklich schätzen. Die unumwundene Affirmation des ‚freien Marktes‘ in direkter Folge auf den Zusammenbruch von 1989

wurde auch bei den Diskussionsteilnehmern durch eine liberale Erwartungshaltung umrahmt, die sich durch Zukunftsversprechungen eines persönlichen Aufstiegs und sozialen Wohlstands nährt.

Der 69-jährige Rentner Herr Schulz, einst Forstwirtschaftler und später Finanzverwalter, erklärt, in der DDR kein „*Freund des Systems*“ gewesen zu sein, und war dementsprechend „*froh, dass es dann 1989 'n Wandel gegeben hat.*“ Er führt fort: „*Ich glaubte dann ähnlich wie du [Mitdiskutant, M.R.] an die blühenden Landschaften, ne, die erste Zeit, auch bei der Bank, hatte man den Eindruck, jawohl, das entwickelt sich*“. Die wirtschaftlichen Zusicherungen der damals konservativen Regierungspartei wurden für Herrn Schulz dann unter Verweis auf Pandemie und Wirtschaftskrise historisch annulliert, wenn er seinen Gedanken konsterniert zu Ende führt: „*um dann plötzlich umzuschlagen in das, was wir hier heute erleben, ja.*“

Die abrupte Verfallsgeschichte transportiert hier oftmals eine Form historischen Unmutsempfindens, das aus einer Ernüchterung des politisch versprochenen Aufstiegstaumels der 1990er Jahre resultiert und nicht selten in sozialer Frustration mündet. Herr Müller sei nach Selbstauskunft einer von denen gewesen, „*die eh seit 1990 mit gar nichts jetzt so angefangen haben, die Wirtschaft mit so aufzubauen, wurden immer auch einfach hochgelobt*“ – und referiert stolz seine engen persönlichen Verbindungen zur sächsischen CDU nach der Wende. Seine politische Enttäuschung wird erst später deutlich, wenn Herr Müller die AfD vor öffentlicher Kritik verteidigt und seinen Glauben an die Demokratie als mittlerweile nachhaltig erschüttert beschreibt. Als Ursache schildert er unter anderem mit Blick auf die Entwicklungen des wirtschaftlichen Wohlstands in den vergangenen Jahren „*eine Erosion, die hier stattgefunden hat*“ und schlussfolgert: „*die kann man eigentlich nicht hinnehmen*“.

Mal gleichen die beklagten wirtschaftspolitischen Entwicklungen in den Erzählungen der Teilnehmer einer graduellen Verfallsgeschichte, mal zeugen sie von einer abrupten Enttäuschungserfahrung durch vergangene Krisen. Zudem fingiert zwar häufig eine Kritik am verlorenen Wohlstand im Zuge von Wirtschaftsinflation und pandemisch bedingten Schäden im eigenen kleinständischen Gewerbe als Fluchtpunkt des Unmuts. Es werden jedoch ebenso wirtschaftliche Liberalisierungspolitiken und entfesselte soziale Ungleichheiten zum motivationalen Ausgang der Proteste bestimmt: „*Das ist aus meiner Sicht nicht mehr zu ertragen*“, beteuert erneut Herr Müller wütend, dass „*die Armen immer ärmer werden [...] und die Reichen, siehe die zehn Reichsten Leute der Welt, haben ihr Vermögen in der Pandemie verdoppelt*“. Und nachdem sich wiederum Herr Beitel über die Ungerechtigkeiten eines teilprivatisierten Krankenversicherungssystems beschwert, kommt er auf die demokratischen Risiken eines über die Jahrzehnte entwickelten Monopolkapitalismus zu sprechen: „*Alle diese Dinge, die sind hier in der Wirtschaft über die Jahre gnadenlos an den Baum gegangen, weil man wieder bloß den Großindustriellen sich dort sozusagen ergeben hat, und das hat man jetzt auch in der Pharmaindustrie gemacht.*“

Sofern auch die verlautbarten Motive ideologisch keineswegs kohärent sind und sich unter den Diskutanten politisch oftmals widersprechen, ohne tatsächlich Widerspruch zu erzeugen, gleichen die Erzählungen sich doch in ihrer Zeitdiagnose und finden hier eine gemeinsame Sprache. Gemein ist den gesellschaftspolitischen Kritiken der Protestierenden insbesondere ihre Form, die in einem ausgeprägten Geschichtsbewusstsein jene Hoffnungen der Nachwendezeit zum historischen Ausgangspunkt einer Enttäuschungs- und Verfallssemantik der unmittelbar erfahrenen Zeitgeschichte bestimmt.

3 Geschichtsbewusstsein als Konfliktbewusstsein

Hinter den getäuschten Erwartungen im Konflikterleben der Protestierenden stehen schließlich oftmals tiefverankerte Affektwelten und das grundlegende Gefühl, „beschissen“, „verarscht“, „belogen“ oder „betrogen“ worden zu sein. Auch wenn die vielschichtigen Unmutsartikulationen der Protestierenden häufig chaotisch und auf einen ersten Blick nicht selten unverständlich erscheinen, verbergen sich unter den Krisenadressierungen der Protestbewegung über Pandemie-, Energie-, Wirtschafts-, Außen- oder Migrationspolitik auch manifeste Konfliktfelder, die über die Themen Transformation, Demokratie, Öffentlichkeit und Wirtschaft in ihrer Gesamtheit das Konfliktbewusstsein der Proteste formieren.

In diesem Konfliktbewusstsein finden sich wiederum nicht nur äußerst heterogene, sondern zugleich auch widersprüchliche Gesellschaftskritiken wieder, die mitunter eine staatliche Präsenz im öffentlichen Rundfunk sowie der Corona-Pandemie verurteilen, jedoch gleichzeitig den Rückbau einer öffentlichen Infrastruktur und die Liberalisierung der Marktwirtschaft in den vergangenen Jahrzehnten anprangern. Angesichts ihrer inhaltlichen Unbestimmtheit und politischen Heimatlosigkeit lassen sich die Proteste möglicherweise auch als bewegungspolitischer Ausdruck „verwilderter sozialer Konflikte“ (Honneth 2011) begreifen, hinsichtlich ihres politischen Profils jedoch zumindest als paradigmatisch „postideologisch“ (Diederichsen 2015) orientiert sowie normativ weitestgehend entkoppelt und strukturlos.

Ihr meistens rebellischer und populistischer Charakter findet in den geführten Interviews und Gruppendiskussionen sodann eine kongruente Erzählform, eine narrative Struktur, welche über die verschiedentlich artikulierten Konfliktfelder weitestgehend identisch bleibt. Historisierend ist diese Konfliktsemantik der Montagsproteste in dem Sinne, als dass in ihr ein gemeinsames historisches Bewusstsein der Protestierenden zu Tage tritt: Es unterteilt die Zeit nach 1989 biographisch grob in eine Phase der Hoffnung und Erwartung, eine anschließend weniger dicht erzählte Phase der oftmals privaten Lebensführung sowie eine gegenwärtige Phase des politischen Erweckungserlebens und des Widerstands. In der Traditionslinie der Montagsdemonstrationen und damit einer spezifisch ostdeutschen Öffentlichkeit werden dann nicht nur historische Revolutionsvergleiche gezogen oder paradigmatische Friedens- und Freiheitsnarrative reaktiviert, sondern wird die unmittelbare

Zeitgeschichte als Erfahrungsverlauf uneingelöster Versprechen und eines enttäuschten Niedergangs wiedergegeben.

Die Montagsproteste, welche seit 1989 als zentraler Schauplatz einer ostdeutschen Gesellschaftskritik verstanden werden können, bieten somit nicht nur die formale Grundlage für etwaige historische Referenzen, sondern werden hier zugleich zum Ort eines geteilten, die politische Vergemeinschaftung der Protestierenden tragenden Zeitbewusstseins. Jene im Diskurszusammenhang nachgezeichneten gesellschaftspolitischen Konflikte um *versagte Freiheiten*, eine *verhärtete Öffentlichkeit* und einen *verkannten Wohlstand* gewinnen vor diesem Hintergrund eine zeitliche Struktur, die für eine Form konservativer Kritik, welche die Vergangenheit zur politischen Referenzfläche erhebt, zwar erst einmal nicht unüblich ist. Das verzeitlichte Konfliktbewusstsein der Protestierenden verfügt mit den als hoffnungsvoll beschriebenen 1990er Jahren allerdings über einen gemeinsamen und zugleich ostspezifischen Erfahrungsraum und wird so zum Kitt einer ansonsten weitestgehend fragmentierten Konfliktwahrnehmung. Wie vordergründig bewusst die Zeitgeschichte dabei erfahren wird verdeutlicht abermals Herr Beitel, wenn er feststellt: „*Geschichte, das ist gelebte Geschichte, schlicht und einfach.*“

Markus Riepenhausen, M.A., ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Fachgebiet für Allgemeine Soziologie der Universität Osnabrück. 2023 war er im Rahmen des Pre-Doc-Awards der Universität Leipzig am Else-Frenkel-Brunswik Institut (Universität Leipzig) tätig, wo er u.a. Mitwirkender im Forschungsprojekt ‚Politischer Protest in der Oberlausitz‘ gewesen ist.

E-Mail: markus.riepenhausen@uni-osnabrueck.de

Literatur

Amlinger, Carolin/Nachtwey, Oliver 2022: Gekränkte Freiheit: Aspekte des libertären Autoritarismus. Berlin: Suhrkamp.

Beier, Achim 2020: Mythos Montagsdemonstration. In: Bundeszentrale für politische Bildung, 24.12.2020. Abgerufen unter: <https://www.bpb.de/themen/deutschlandarchiv/324912/mythos-montagsdemonstration/> (14.08.2024).

Brieger, Stefan/Panreck, Isabelle-Christine 2022: „Friedliche Revolution 2.0“ Rückgriffe auf den Systemwechsel 1989/90 als Kitt im Corona-Protestgeschehen. In: Decker, Oliver/Kalkstein, Fiona/Kiess, Johannes (Hrsg.): Demokratie in Sachsen. Jahrbuch des Else-Frenkel-Brunswik Instituts für 2021. Leipzig: Edition Überland, S. 139-152.

Brown, Wendy 2019: Die Monster des Neoliberalismus. Autoritäre Freiheit in den ‚Demokratien‘ des 21. Jahrhunderts. In: Bohmann, Ulf/Sörensen, Paul (Hrsg.): Kritische Theorie der Politik. Berlin: Suhrkamp, S. 539-576.

- Brunner, Markus/Daniel, Antje/Knasmüller, Florian/Maile, Felix/Schadauer, Andreas/Stern, Verena 2021: Corona-Protest-Report. Narrative-Motive-Einstellungen. Abgerufen unter: <https://doi.org/10.31235/osf.io/25qb3> (14.08.2024).
- Daub, Adrian 2022: Cancel Culture Transfer. Wie eine moralische Panik die Welt erfasst. Berlin: Suhrkamp.
- Diederichsen, Diedrich 2015: Postideologische Querfronten. In: *Theater Heute: Konsens Kultur – Jahrbuch 2015*. Berlin: Der Theaterverlag 2015.
- Engler, Wolfgang 1999: Die Ostdeutschen. Kunde von einem verlorenen Land. Berlin: Aufbau Taschenbuch.
- Fröhlich, Paulina/Ranft, Florian/Vollmann, Erik 2023: Mir reicht's Bürger – Analyse der Montagsdemonstrationen in Chemnitz und Gera im Winter 2022/23. Das Progressive Zentrum/Bertelsmann Stiftung.
- Freund-Möller, Cynthia/Streitberger, Johannes/Koch, Matthias/Miehlke, Marius/Lorenz, Carolin/Mohrmüller, Marie/Kleinschmitt, Annika/Wistuba, Frederike/Thinius, Jakob 2023: Wem gehört der Montag? Montagsdemonstrationen im Herbst 2022 in Thüringen. Bericht über die Befragung von Demonstrierenden. Friedrich-Schiller-Universität Jena/KomRex.
- Grande, Edgar/Hutter, Sven/Hunger, Sophia/Kanol, Eylem 2021: Alles Covidioten? Politische Potenziale des Corona-Protests in Deutschland. Berlin: WZB Discussion Paper ZZ 2021-601.
- Hanloser, Gerhard 2021: Nicht rechts, nicht links? Ideologien und Aktionsformen der „Corona-Rebellen“. In: *Sozial Geschichte Online* 29, S. 175-217.
- Hellweg, Nele/Riepenhausen, Markus/Kalkstein, Fiona 2024: Kleinbürgerliche Renitenz - zur politischen Kontinuität und sozialen Kontur der (post-)pandemischen Montagsproteste in Ostdeutschland. In: Decker, Oliver/Kalkstein, Fiona/Kiess, Johannes/Kocyba, Piotr (Hrsg.): *Demokratie in Sachsen - Jahrbuch des Else-Frenkel-Brunswik Instituts für 2023*. Leipzig: Edition Überland, S. 183-215.
- Hochschild, Arlie Russell 2017: *Fremd in ihrem Land. Eine Reise ins Herz der amerikanischen Rechten*. Frankfurt a.M.: Campus.
- Honneth, Axel 2011: Verwilderungen des sozialen Konflikts: Anerkennungskämpfe zu Beginn des 21. Jahrhunderts. In: Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung: MPIFG Working Paper, 11/4.
- Jessen, Ralph 2009: Die Montagsdemonstrationen. In: Sabrow, Martin (Hrsg.): *Erinnerungsorte der DDR*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, S. 304-318.
- König, Hans-Dieter 2005: Tiefenhermeneutik. In: Flick, Uwe/Kardoff, Ernst von/Steinke, Ines (Hrsg.): *Qualitative Forschung – ein Handbuch*. Reinbek: Rowohlt, S. 556-568.
- Leistner, Alexander 2022: Bis hierher und wie weiter? Zur Vergangenheit und Zukunft der asymmetrisch verflochtenen Transformation (Ost-)Deutschlands. In: Leistner, Alexander/Wohlrab-Sahr, Monika (Hrsg.): *Das umstrittene Erbe von 1989. Zur Gegenwart eines Gesellschaftszusammenbruchs*. Wien/Köln: Böhlau Verlag, S. 11-61.
- Liebernickel, Wolfgang/Schwarz, Anna 1992: Neue Gründerzeiten? Die beginnende Konstituierung neuer Selbständiger in Ostdeutschland: erste sozialökonomische Analyseergebnisse zu einer offenen soziologischen Frage. In: Thomas, Michael (Hrsg.): *Abbruch und Aufbruch: Sozialwissenschaften im Transformationsprozess. Erfahrungen- Ansätze-Analysen*. Berlin: Akademie-Verlag, S. 275-291.

- Lorenzer, Alfred 1986: Tiefenhermeneutische Kulturanalyse. In: König, Hans-Dieter: Kultur-Analysen – Psychoanalytische Studien zur Kultur. Frankfurt a. M.: Fischer, S. 11-98.
- Lux, Anna 2023: Das Fundament sind Geschichten. Aktuelle Perspektiven auf die Deutungen des Umbruchs nach 1989. In: Böick, Marcus/Goschler, Constantin/Jessen, Ralph (Hrsg.): Jahrbuch Deutsche Einheit 2023. Berlin: Ch. Links, S. 207-223.
- Manow, Philip 2020: (Ent-)Demokratisierung der Demokratie. Berlin: Suhrkamp.
- Martens, Bernd/Langwitz, Ralph-Elmar 2012: Vom sozialistischen Leiter zum mittelständischen Unternehmer – ostdeutsche Unternehmensleiter nach zwei Jahrzehnten der Transformation. In: Best, Heinrich/Holtmann, Everhard (Hrsg.): Aufbruch der entsicherten Gesellschaft. Frankfurt a.M.: Campus, S. 104-122.
- Mau, Steffen 2019: Lütten Klein. Leben in der ostdeutschen Transformationsgesellschaft. Berlin: Suhrkamp.
- Mau, Steffen 2024: Ungleich vereint. Warum der Osten anders bleibt. Berlin: Suhrkamp.
- Mayring, Philipp 2022: Qualitative Inhaltsanalyse: Grundlagen und Techniken. Weinheim: Beltz.
- Mohammed, Samia 2020: Verletzliche Freiheit? Zur Kritik neoliberaler Freiheitsverständnisse in der Corona-Krise. In: Arnold, Clara/Flügel-Martinsen, Oliver/Mohammed, Samia/Vasilache, Andreas (Hrsg.): Kritik in der Krise. Baden-Baden: Nomos, S. 33-47.
- Nachtwey, Oliver/Schäfer, Robert/Frei, Nadine 2020: Politische Soziologie der CoronaProteste – Grundausswertung. Universität Basel.
- Rammstedt, Otthein 1975: Alltagsbewusstsein von Zeit. In: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 27(1), Wiesbaden: Springer VS, S. 47-63.
- Reichardt, Sven (Hrsg.) 2021: Die Misstrauensgemeinschaft der „Querdenker“: Die Corona-Proteste aus kultur- und sozialwissenschaftlicher Perspektive. Frankfurt/New York: Campus Verlag.
- Rink, Dieter 2017: Die Montagsdemonstration als Protestparadigma. Ihre Entwicklung von 1991 bis 2016 untersucht am Beispiel der Leipziger Protestzyklen. In: Daphi, Priska/Deitelhoff, Nicole/Rucht, Dieter/Teune, Simon (Hrsg.): Protest in Bewegung? Zum Wandel von Bedingungen, Formen und Effekten politischen Protests. *Leviathan* Sonderband Nr. 33, 45/2017, S. 282-305.
- Schäfer, Robert/Nadine Frei 2021: Rationalismus und Mystifikation: Zur formalen Pathetik des Dagegenseins. In: *Zeitschrift für Religion, Gesellschaft und Politik* 5/2, S. 391-410.
- Stach, Sabine/Hartmann, Greta 2020: Friedliche Revolution 2.0? Zur performativen Aneignung von 1989 durch „Querdenken“ am 7. November 2020 in Leipzig. In: *Zeitgeschichte-online*, 23.11.2020. Abgerufen unter: <https://zeitgeschichte-online.de/geschichtskultur/friedliche-revolution-20> (14.08.2024).
- Teune, Simon 2021: Querdenken und die Bewegungsforschung – Neue Herausforderung oder Déjà-Vu? In: *Forschungsjournal Soziale Bewegungen* 34/2, S. 326-334.
- Thomas, Michael 1993: Private Selbständigkeit in Ostdeutschland – Erste Schritte in einem neuen Forschungsfeld. In: *Soziale Welt* 44 (2), S. 223-242.